

# Finnland

Artturi Virkkunen / Kristi Raik

Finnland übernahm nach nunmehr zehnjähriger Mitgliedschaft zu Beginn des zweiten Halbjahrs 2006 zum zweiten Mal die Präsidentschaft der Europäischen Union. Auch wenn die kritischste Phase der Verfassungskrise überwunden schien, stellte die Übernahme der Präsidentschaft keine leichte Aufgabe dar, da die EU sich weiterhin in einem eher schwierigen internationalen Umfeld zu bewegen hat. Darüber hinaus ist die finnische Bevölkerung gegenüber der EU zunehmend skeptischer eingestellt, was es der gegenwärtigen Regierung erschwert, eine engagierte EU-Politik zu formulieren.

Die grundsätzliche Haltung von Ministerpräsident Matti Vanhanen und seiner Regierung gegenüber der EU kann als vorsichtig und pragmatisch charakterisiert werden. Vanhanen wurde auch schon im eigenen Land wegen mangelnder Ambitionen und Visionen seiner EU-Politik kritisiert. Im Vergleich zu seinem Vorgänger Paavo Lipponen, der zwischen 1995 und 2003 Ministerpräsident war und eine betont integrationsfreundliche Linie vertrat, steht der gegenwärtige Ministerpräsident der EU eher pragmatisch und wenig enthusiastisch gegenüber.

Die offizielle Agenda der finnischen EU-Präsidentschaft wurde erst Ende Juni veröffentlicht. Gemäß der vorläufigen Agenda möchte Finnland den Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung voranbringen, Fragen der Globalisierung und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit angehen und die Transparenz der Entscheidungsverfahren der EU verbessern. Zusätzlich hat Finnland ein großes Interesse am Vorankommen im Klimaschutz, an der Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik der EU und an den Beziehungen zu Russland.

## Allgemeine Themen

Was die Wettbewerbsfähigkeit anbelangt steht Finnland im Vergleich zu den meisten anderen EU-Staaten gut da. Es hat keine Schwierigkeiten, die Vorgaben der Lissabon-Agenda zu erfüllen. Das von der EU gesetzte 3-Prozent-Ziel für die Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung etwa ist mit 3,51% gut erreicht. Das Ziel für 2010 liegt bei 4% des BIP, womit Finnland die Rangliste anführt.<sup>1</sup> Finnlands Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung gilt deshalb als vorbildlich für andere Mitgliedstaaten. Um sich im globalen Wettbewerb zu behaupten, verfolgt Finnland eine Innovationsstrategie, die sich auf Forschung, Technologie, Ausbildung und Finanzierung konzentriert.<sup>2</sup> Globale Wettbewerbsfähigkeit stellt für Finnland eine zentrale Frage dar, da es stark von seinen Exportmärkten abhängig ist – nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Finnland pflegt traditionell das Image eines offenen, auf Transparenz bedachten Landes, sowohl in gesellschaftlicher Hinsicht als auch für den Bereich der Verwaltung. Eines der langfristigen Ziele Finnlands ist es, die Union dahingehend zu verändern. Aus dieser

---

1 [www.eu2006.at/en/News/Council\\_Conclusions/2403EuropeanCouncil.pdf](http://www.eu2006.at/en/News/Council_Conclusions/2403EuropeanCouncil.pdf), Annex 1.

2 <http://www.valtioneuvosto.fi/eu/suomi-ja-eu/2006/pdf/lahtokohtia/fi.pdf>.

Perspektive ist die finnische Initiative zu deuten, dass während der finnischen Präsidentschaft zum ersten Mal in der Geschichte der EU die Ratssitzungen öffentlich sein und über die Internetseite der EU übertragen werden.<sup>3</sup> Es gab Bedenken, dass sich in Folge dessen der eigentliche Entscheidungsprozess hinter die Kameras verlagern wird. Jedoch entspricht dies zu einem Großteil ohnehin bereits der Praxis, da die meisten Entscheidungen schon im Ausschuss der Ständigen Vertreter, unter den großen Mitgliedstaaten oder zwischen der Präsidentschaft und einzelnen Mitgliedern getroffen werden. Der Rat gibt zunehmend seine Zustimmung zu Entscheidungen, die anderswo gefallen sind. Eine andere Sorge ist die Befürchtung, dass die Minister anfangen werden, Fensterreden an die Adresse des heimischen Publikums zu halten und nicht mehr mit ihren europäischen Kollegen verhandeln. Nichtsdestotrotz gehören öffentliche Debatten zum Kernbestand einer Demokratie. Es hängt an den Ministern, ob die Öffentlichkeit eine Chance bekommt, einer echten Debatte zu folgen oder ob ihr eine „Theateraufführung“ geboten wird.<sup>4</sup>

In Ergänzung der erwähnten Themen bleibt zu berichten, dass Finnland weiter ein entschiedener Unterstützer der Erweiterung bleibt und die Erweiterungsagenda während seiner Präsidentschaft fördern möchte. Die heikle Frage einer türkischen Mitgliedschaft in der EU könnte während der finnischen Präsidentschaft eine positive Wende erfahren, da Finnland generell die EU-Ambitionen der Türkei unterstützt. Die Türkei erwartet eine konstruktivere Herangehensweise Finnlands im Vergleich zur vorherigen EU-Präsidentschaft Österreichs, das die türkischen Bemühungen um einen Beitritt offen abgelehnt hatte.<sup>5</sup> Ministerpräsident Vanhanen wiederholte mehrmals seine Aussage, dass die EU keine geographischen Grenzen haben dürfe und die Türkei Mitglied werden kann, wenn sie die Beitrittskriterien der EU erfüllt. Die Türkei hatte schon einmal von der finnischen Präsidentschaft profitiert: Ihren Status als Beitrittskandidat erhielt sie 1999 unter finnischer Präsidentschaft.

### **Die Ratifizierung der Europäischen Verfassung**

Hauptsächlich wegen der kommenden Präsidentschaft kam die finnische Debatte über die Europäische Verfassung wieder in Gang. Wahrscheinlich wird Finnland während seiner EU-Präsidentschaft die Verfassung ratifizieren. Von so unterschiedlichen politischen Schwergewichten wie dem früheren Ministerpräsidenten und derzeitigen Sprecher des Parlaments, Paavo Lipponen (Sozialdemokratische Partei), und dem Erweiterungskommissar der EU, Olli Rehn (Zentrumspartei), war zuvor die Ratifizierung der Verfassung bereits vor Beginn der EU-Präsidentschaft gefordert worden. Rehn betonte, dass mit der Ratifizierung der Verfassung Finnland seine Glaubwürdigkeit als Inhaber der nächsten Präsidentschaft stärken würde.<sup>6</sup> Laut Lipponen habe es bereits eine zu große Verzögerung gegeben; auch bestünde kein Grund, die Verfassung zu ändern, da kein einziger EU-Staat angekündigt hat, sie endgültig abzulehnen. Lipponen wollte damit sagen, dass die Verfassung in ihrer gegenwärtigen Form den kleineren EU-Staaten zugute kommt.<sup>7</sup>

---

3 <http://europa.eu.int/>.

4 Helsingin Sanomat (die größte Tageszeitung Finnlands), 27.04.2006.

5 Helsingin Sanomat, 18.05.2006.

6 Kaleva (die größte Tageszeitung im Norden Finnlands), 02.04.2006.

7 Uutispäivä Demari (die Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei), 20.04.2006.

Die drei Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition, die Zentrumspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Schwedische Volkspartei, unterstützen die Ratifizierung der Verfassung, ebenso wie die größte Oppositionspartei, die Konservativen. Die kleineren Oppositionsparteien, die Linksallianz, die Grünen, die Christdemokraten und die Wahren Finnen, sind gegen eine Ratifizierung. Eine Mehrheit der Mitglieder des Parlaments ist zur Ratifizierung der Verfassung bereit.<sup>8</sup>

Die finnische Präsidentin Tarja Halonen beteiligte sich erstmalig am 8. Mai 2006 an der neuen Verfassungsdebatte, als sie auf einem von der Europabewegung Finnlands organisierten Seminar eine Rede hielt. Zum Erstaunen vieler Politiker und Experten nahm sie dabei eine kritische Position zur Ratifizierung ein. Ihrer Meinung nach würde die Ratifizierung der Verfassung durch Finnland keinen Fortschritt im Ratifizierungsprozess anderer Ländern bringen, insbesondere auch nicht in Frankreich und den Niederlanden. Gemäß der Präsidentin müssen Zeitplan und Konsequenzen realistisch eingeschätzt werden. Falls die Verhandlungen zur Verfassung wieder aufgenommen werden sollten, müsste das Parlament sie erneut ratifizieren, was sich negativ auf die Einstellung der Bürger gegenüber der EU auswirken würde.<sup>9</sup>

Dennoch beschloss das Parlament in einer ersten Lesung am 12. Mai mit 104 gegen 24 Stimmen, die Annahme der EU-Verfassung und legte sie der Regierung vor. Die 24 Gegenstimmen kamen von zwölf Mitgliedern der Linksallianz, acht Mitgliedern der Grünen und von drei Mitgliedern der Christdemokraten sowie einem Abweichler aus den Reihen der regierenden Koalition. Insgesamt elf Abgeordnete, einschließlich Mitgliedern der Regierungskoalition, gaben leere Stimmzettel ab. Die Regierung legte dem Parlament Anfang Juni die Verfassung zur Ratifizierung wieder vor. Da das Parlament aber in die Sommerferien ging, wird der Ratifizierungsprozess nicht vor Herbst abgeschlossen sein.

In der aktuelle Diskussion über die Zukunft der Verfassung war die Öffentlichkeit weniger stark involviert als die politische Elite. Trotzdem gründete sich eine Bewegung für ein Referendum über die Verfassung, die 50.000 Unterschriften zusammenbrachte.<sup>10</sup> Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung befürwortet ein Referendum,<sup>11</sup> doch dafür gibt es wenig Unterstützung unter der politischen Elite. Die Diskussion über die Ratifizierung der Verfassung wirkt sich auf die Innenpolitik aus, da sie die Parteien unter Druck setzt, ihre Position zur Zukunft Europas zu klären. Das ist hinsichtlich der Parlamentswahlen im März 2007 von besonderer Bedeutung.

### Die EU-Politik gegenüber Russland

Finnland hat Versuche, eine gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland zu stärken, immer sehr befürwortet und bemüht sich, dieses Ziel auch während seiner Präsidentschaft zu fördern. Es wird erwartet, dass während der finnischen Präsidentschaft die EU und Russland Verhandlungen zu einem neuen Abkommen beginnen werden, da das gegenwärtige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen 2007 auslaufen wird. Überdies wünscht Finnland ausdrücklich, bei den Vorbereitungen der Verhandlungen eine wichtige Rolle zu spielen. Da jedoch das neue Abkommen wahrscheinlich nicht Anfang 2007 in Kraft treten wird, haben

8 Helsingin Sanomat, 14.03.2006 und 04.04.2006.

9 Helsingin Sanomat, 08.05.2006; <http://www.eurooppalainenensuomi.fi/tapahtumat/helsinki060508.html>.

10 Helsingin Sanomat, 10.04.2006; [www.kansanaanestys.fi/](http://www.kansanaanestys.fi/), tiedote.

11 Suomenmaa (konservative Tageszeitung), 19.05.2006.

die EU und Russland bereits beschlossen, dass das gegenwärtige Abkommen zunächst in Kraft bleibt. Finnland hofft außerdem, dass Bewegung in die Position Russlands zur Unterschrift unter den Vertrag über eine Energie-Charta kommt, der für die Energiesicherheit Finnlands von erheblicher Bedeutung ist.

In der aktuellen öffentlichen Debatte sind die autoritären Entwicklungen in Russland in den Medien mit Kritik und Besorgnis verfolgt worden. Die politische Elite ist jedoch sehr zurückhaltend in ihrer Kritik gegenüber Russland und behandelt es wie eine Großmacht, mit der Finnland und die EU gute Beziehungen haben sollten. Während die politische Entwicklung in Russland mit einiger Besorgnis verfolgt wird, sieht man das gegenwärtige Wirtschaftswachstum in Russland als große Chance für finnische Unternehmen. Russland ist, wie Deutschland und Schweden, einer der größten Handelspartner Finnlands und das Handelsvolumen mit Russland wächst kontinuierlich.

Was Russland zu einem besonders wichtigen Handelspartner macht, liegt in dem Umstand begründet, dass sich der Energieanteil am Handelsvolumen mit Russland auf mehr als 50% beläuft. 100% des Gases, 80% des Rohöls, etwa 25% des Urans und mehr als 10% des Stroms, die in Finnland verbraucht werden, kommen aus Russland.<sup>12</sup> Im Januar 2006 wurde der Stromexport nach Finnland reduziert, um Engpässe in St. Petersburg auszugleichen. Obwohl daraus nur geringfügige Probleme bei der Energieversorgung Finnlands entstanden, löste dies doch eine intensive Debatte über eine grundsätzliche und langfristige Frage aus: Ist Russland ein verlässlicher Energielieferant?

Seitdem hat die Energieversorgung durch Russland einen festen Platz in der Berichterstattung der finnischen Medien und die Bedenken über die finnische Abhängigkeit von russischen Energielieferanten haben zugenommen. Anders als mehrere neue mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten hat die finnische politische Elite jedoch keine offene Kritik an der russischen Energiepolitik geübt. Um das Niveau der nationalen Unabhängigkeit in der Energieproduktion anzuheben, wird in Westfinnland ein Atomreaktor gebaut, der Ende 2009 ans Netz gehen soll.<sup>13</sup>

Was die Nördliche Dimension anbelangt, steht die Zusammenarbeit mit Russland im Transport- und Umweltbereich ganz oben auf der Prioritätenliste. Die finnisch-russische Grenze ist die längste geographische Grenze zwischen einem EU-Mitglied und einem Nicht-EU-Staat. Eines der Ziele der Nördlichen Dimension ist die Verbesserung der Abwicklung der russischen Grenz- und Zollkontrollen, die gegenwärtig Komplikationen im privaten wie geschäftlichen Grenzverkehr verursachen.

### **Wachsende EU-Skepsis**

Mehrere aktuelle Umfragen verzeichnen eine wachsende anti-europäische Stimmung unter den Finnen. Beim Referendum von 1994 gaben 57% der Wähler ihre Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft. Laut einer Umfrage von Taloustutkimus wäre ein Referendum über die Mitgliedschaft Finnlands in der EU Ende 2005 negativ ausgefallen: 49% hätten mit „Nein“ und nur 44% hätten mit „Ja“ gestimmt. Doch die gleiche Umfrage zeigt auch, dass weniger als ein Drittel der Befragten (31%) für einen Austritt Finnlands aus der EU wären. Die Union erfährt weiterhin in städtischen Regionen eine größere Unterstützung als auf dem Land.<sup>14</sup>

---

12 YLE A-Piste, 22.05.2006.

13 <http://www.tv.o.fi/770.htm>.

Laut der Umfrage eines unabhängigen Instituts, dem finnischen Wirtschafts- und Politikforum (Elinkeinoelämän valtuuskunta – EVA), befürworten etwas mehr als ein Viertel (27%) den Austritt Finnlands aus der EU, während fast die Hälfte (48%) die Mitgliedschaft unterstützt.<sup>15</sup> Das Demokratiedefizit wird von 85% der Befragten als fundamentales Problem angesehen; 60% glauben, dass die EU nicht genug auf die Meinung der Bevölkerung hört.<sup>16</sup> 89% schätzen den Einfluss der großen Mitgliedstaaten als zu weitreichend ein.<sup>17</sup> Das Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten ist nicht gerade berauschend; fast die Hälfte der Befragten (47%) befürchtet, dass die EU hier hinter den Rest der Welt zurückfallen wird.<sup>18</sup>

Obwohl die Finnen eine der europaskeptischsten Nationen in der EU sind, was sich in ihren Abneigung gegenüber einer starken EU, föderalistischen Konzepten und der Erweiterung ausdrückt, stellt sie eine unipolare Weltordnung auch nicht zufrieden. Im Gegensatz zur allgemeinen Europaskepsis würden zwei Drittel (67%) der Finnen die EU gerne in der Rolle eines politischen Gegengewichts zu den USA sehen.<sup>19</sup>

Das Entstehen einer anti-europäischen Bewegung wird in Finnland nun schon seit 1994 erwartet. Doch obwohl 43,1% der finnischen Wähler im damaligen Referendum gegen die EU-Mitgliedschaft votierten, kam es nie zur Entwicklung einer ernst zu nehmenden nationalen Bewegung gegen die EU. Anti-europäischen Kräften fehlt es an Glaubwürdigkeit, breiter Unterstützung und charismatischer Führung.

In den letzten Jahren hat die Union anti-europäischen Positionen neuen Vorschub geleistet. Letztes Jahr erreichten Finnlands Nettozahlungen das außerordentliche Niveau von 562 Mio. Euro.<sup>20</sup> Der neue Finanzrahmen der EU wird den Betrag der Rückflüsse nach Finnland reduzieren. Die WTO-Verhandlungen und die Reorganisation der Zuckerordnung haben die Landwirte unter Druck gesetzt. Auch die Verfassungskrise hat das Vertrauen in die Europäische Union geschwächt.<sup>21</sup>

Es wird erwartet, dass die EU ein zentrales Wahlkampfthema in der Kampagne zu den Parlamentswahlen Anfang nächsten Jahres sein wird. Die Parteien der Koalitionsregierung werden Wert darauf legen, ihre Interessen durchzusetzen, doch die EU-Präsidentschaft wird das eine oder andere Opfer nationaler Interessen zum Wohl des europäischen Ganzen mit sich bringen. Dies wird es für die Koalitionsparteien nicht einfacher machen, sich auf die Wahlen vorzubereiten. Es könnte sein, dass eine anti-europäische Agenda bei der kommenden Abstimmung mehr Wähler mobilisiert als bei vorangegangenen Wahlen. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass alle größeren Parteien Finnlands der EU-Mitgliedschaft verpflichtet sind, auch wenn unter der gegenwärtigen Führung wenig Begeisterung für die EU herrscht.

14 Turun Sanomat, 28.11.2005.

15 Elinkeinoelämän valtuuskunta EVA – Kai Torvi ja Pentti Kiljunen, Ikkunat auki maailmaan. EVAn Suomi, EU ja maailma -asennetutkimus 2006, [http://www.eva.fi/files/1523\\_ikkunat\\_auki\\_maailmaan.pdf](http://www.eva.fi/files/1523_ikkunat_auki_maailmaan.pdf), S. 25 und S. 32.

16 Ibid., S. 28-30 u. S. 37.

17 Ibid., S. 37-38.

18 Ibid., S. 47-48.

19 Ibid., S. 57 u. S. 62.

20 Helsingin Sanomat, 12.04.2006.

21 Turun Sanomat, 22.02.2006.

**Weiterführende Literatur**

- Bailes, Alyson J. K. u.a. (Hrsg.): The Nordic countries and the European Security and Defence Policy, Oxford 2006.
- Breuss, Fritz: Austria, Finland and Sweden after 10 years in the EU. Expected and achieved integration effects (Working Papers/Europainstitut/No. 65), Wien 2005.
- Raunio, Tapio: Hesitant voters, committed elite. Explaining the lack of eurosceptic parties in Finland, in: Journal of European Integration, 27 (December 2005) 4, S. 381-395.
- Romsloe, Borge: Finland and the case of a Northern Dimension for the EU. Inclusion by bargaining or arguing? (ARENA Working Paper/No. 31), Oslo 2005.
- Tiilikainen, Teija: Finnland – an EU member with a small state identity, in: Journal of European Integration, 28 (March 2006) 1, S. 73-87.